

WIRTSCHAFT

KOMPAKT

LEADERS PARLIAMENT

Mehr Geld für die Bundeswehr

Die Berichte über die wachsende Anzahl kriegerischer Auseinandersetzungen und Ausrüstungsmängel bei der Bundeswehr zeigen Wirkung. Zwei Drittel der deutschen Topmanager plädieren dafür, dass Deutschland wieder mehr Geld für Verteidigung ausgibt. Dies ergab eine aktuelle Umfrage unter den Mitgliedern des Leaders Parliament von Roland Berger und der „Welt“-Gruppe. Gut ein Viertel (26,6 Prozent) der befragten Manager begründet die Forderung nach mehr Geld mit den neuen geopolitischen Herausforderungen, bei denen auch Deutschland Verantwortung zeigen müsse. Knapp 40 Prozent plädieren für die Aufstockung vor dem Hintergrund eines offenkundigen Investitionsstaus bei der Bundeswehr. Gegen eine Aufstockung der Verteidigungsausgaben sprechen sich ein Drittel der befragten Manager aus. Dabei zählt fast nur ein Argument: Im Grunde sei genug Geld da, es müsse nur effizienter ausgegeben werden. Verschwindend gering ist die Anzahl der Manager mit der Ansicht, Deutschland könne sich höhere Verteidigungsausgaben nicht leisten. *geh*

TESLA

US-Elektroautopionier enttäuscht hohe Erwartungen

Der US-Elektroautopionier Tesla hat eine erweiterte Modellreihe vorgestellt – die zuvor hochgeschraubten Erwartungen an eine Weltsensation jedoch enttäuscht. Firmenchef Elon Musk enthielt die neue Version „D“. Wichtigste Neuerung im Vergleich zum bisherigen Tesla-Topmodell „S“ sind dabei zwei Elektromotoren und ein Allradantrieb, der für eine besonders rasante Beschleunigung des Sportwagens sorgt. Das Modell soll in den USA zum Preis von 120.000 Dollar (knapp 95.000 Euro) angeboten werden. Musk hatte die Er-

wartungen kräftig angeheizt: Vor einer Woche kündigte er die Präsentation im Kurznachrichtendienst Twitter mit einer mysteriösen Botschaft an: Es sei an der Zeit, das „D“ zu enthüllen – und noch etwas anderes. Danach wurde spekuliert, der Buchstabe könne für „Driverless“ stehen und Tesla vor einem Durchbruch beim autonomen Fahren.

VERSTAATLICHUNG

Venezuela muss Exxon Mobil mit Milliarden entschädigen

Venezuela muss Exxon Mobil nach einem rund siebenjährigen Konflikt um verstaatlichte Ölfelder eine Milliardenentschädigung zahlen. Die Schlichtungsstelle der Weltbank ICSID sprach dem Öriesen 1,6 Milliarden Dollar (1,3 Milliarden Euro) zu. Exxon Mobil hatte allerdings 14,7 Milliarden Dollar gefordert. Venezuela hatte die Ölfelder 2007 unter der Präsidentschaft des 2013 verstorbenen Hugo Chávez verstaatlicht.

AIR BERLIN

Luftfahrtbundesamt untersagt gemeinsame Flüge mit Etihad

Das Luftfahrtbundesamt hat Air Berlin und der arabischen Etihad Airways mehr als 30 sogenannte Codeshare-Verbindungen für den Winterflugplan nicht genehmigt. Es handele sich um 34 gemeinsame Flüge, die von Air Berlin durchgeführt würden und auf denen Etihad mit einer Flugnummer vertreten sei, teilte Air Berlin mit. Die Flüge seien seit sechs Flugplanperioden genehmigt worden. Der Grund für die Verweigerung blieb unklar.

„Was auch immer die EZB macht, sie steht nicht außerhalb des Rechts“

Der Europäische Gerichtshof verhandelt kommende Woche über die Rettungspolitik der Europäischen Zentralbank. Einer der Kläger ist der Wirtschaftsprofessor Markus Kerber



„Money Kills Morals“ („Geld tötet die Moral“) ist die Botschaft am Zaun des EZB-Neubaus in Frankfurt

SEBASTIAN JOST

Darf die Europäische Zentralbank (EZB) wirklich alles tun, um den Euro zu retten? Mit dieser Frage befasst sich kommende Woche der Europäische Gerichtshof (EuGH). In der mündlichen Verhandlung in Luxemburg werden mehrere Verfassungsbeschwerden aus Deutschland behandelt, die sich gegen das 2012 aufgelegte Staatsanleihen-Programm OMT richten, mit denen die EZB seinerzeit die Angst vor einer Pleite Italiens oder Spaniens beseitigte. Das Bundesverfassungsgericht hatte Anfang des Jahres schwere Bedenken gegen dieses Vorgehen ange-

meldet, die Angelegenheit aber formal an den EuGH überwiesen. Die Richter sollen nun entscheiden, ob die Notenbank ihr Mandat überschritten hat. Genau davon ist Markus C. Kerber überzeugt: Der Berliner Rechtsanwalt und Wirtschaftsprofessor vertritt mit seiner Initiative Europolis eine der Klägergruppen in Luxemburg.

DIE WELT: Kommende Woche steht die mündliche Verhandlung vor dem Europäischen Gerichtshof an. Wie zuversichtlich sind Sie, dass er das umstrittene OMT-Programm der Europäischen Zentralbank stoppt, wie Sie es fordern?

MARKUS KERBER: Der Gerichtshof weiß, dass seine Autorität von seiner Reputation abhängt. Er wird sich deshalb bemühen müssen, allen Argumenten gerecht zu werden. Die Europolis-Klägergruppe hat den Gerichtshof mit den Verfassungen des Wettbewerbs auf den Staatsschuldenmärkten konfrontiert, die das OMT-Programm bereits ausgelöst hat: Zwei völlig unterschiedliche Länder – Deutschland und Frankreich – bekommen zu fast identischen Bedingungen Kredit. Die EZB organisiert mit dem OMT die Suspendierung des Wettbewerbs. Das ist das Gegenteil von dem, was die Europäischen Verträge fordern. Wir werden sehen, ob sich der Gerichtshof als Hüterin der Verträge erweist.

Wie müsste der Gerichtshof denn urteilen, um den Bedenken des Bundesverfassungsgerichts Rechnung zu tragen?

Das Bundesverfassungsgericht hat ange-regt, der Gerichtshof möge eine Auslegung des OMT-Beschlusses finden, die „primärrechtskonform“ sei. Dazu müssten einzelne Elemente des Beschlusses entfallen – insbesondere dürfte die EZB nicht länger befugt sein, Anleihen in unbegrenztem Umfang anzukaufen. Wie das möglich sein soll, ohne die Wirkung des OMT-Beschlusses – also die Vollkasko-Versicherung für Schulden aus Finanznotstandstaaten – zu beseitigen, erschließt sich mir nicht.

Sie haben beklagt, dass die Kläger in dem Verfahren benachteiligt würden. Woran machen Sie das fest?

Bei EZB und Europäischer Kommission werden doppelt so lange Schriftsätze zugelassen wie von den anderen Parteien. Sie erhalten doppelt so viel Zeit für ihre Plädoyers wie die deutschen Verfassungsbeschwerdeführer. Letzteren wurde nicht einmal erlaubt, auf die überlangen Schriftsätze von EZB und Kommission zu antworten. Ist das faire Prozessführung?

Falls das OMT-Programm in Luxemburg tatsächlich durchgewinkt wird: Welche Reaktion würden Sie dann vom Bundesverfassungsgericht erwarten?

Das kommt auf die Begründung an. Prinzipiell behält sich das Bundesverfassungsgericht auch eine Kontrolle gegenüber krassen Fehlurteilen der europäischen Gerichte vor. Indessen hat niemand ein Interesse an einem solchen Konflikt.

Wenn Karlsruhe es deutschen Institutionen verböte, weiter an dieser EZB-Politik mitzuwirken – wie soll das in der Praxis aussehen?

Betroffen ist ja nur die Bundesbank. Es wäre zu wünschen, dass das Bundesverfassungsgericht deren Präsidenten Jens Weidmann ermutigt, mehr Flagge zu zeigen, statt sich damit zu begnügen, im EZB-Rat mit Nein zu stimmen und sich im übrigen in Wohlverhalten zu üben.

Naja, immerhin ist die Bundesbank innerhalb des Euro-Systems verpflichtet, die mehrheitlichen Beschlüsse des EZB-Rats auch umzusetzen. Würde die Währungsunion überhaupt noch funktionieren, wenn das nicht mehr der Fall wäre?

Die EZB kann zunächst im eigenen Namen und für eigene Rechnung tätig werden. Hiergegen hat die Bundesbank – leider – kein Vetorecht. Wenn indessen die Umsetzung der EZB-Ratsbeschlüsse durch die nationalen Zentralbanken des Euro-Systems vorgesehen ist, kommt der Bundesbank eine große Bedeutung zu, weil sie fast 30 Prozent der Kapitalanteile an der EZB hält und ihre Weigerung erschweren würde, einen Beschluss umzusetzen. Hat Herr Weidmann den Mut hierzu? Wir werden sehen. Jedenfalls stände das Recht auf seiner Seite.

„Noch nie lagen Realwirtschaft und Finanzmärkte so weit auseinander“

Der Rest Europas beugt das Karlsruher Vorgehen sehr kritisch – man fragt sich, ob es angehen kann, dass sich ein nationales Gericht die abschließende Deutungshoheit über die Europäischen Verträge vorbehält.

Das Unverständnis mancher Nachbarländer für die Errungenschaften des deutschen Verfassungsstaates ist nicht neu. In einem Land wie Frankreich, dessen Präsident zuweilen wie ein Wahlmonarch regiert, erwarte ich auch in Zukunft keine Zustimmung. Ich werbe dafür, dass das deutsche Konzept der Verfassungssicherung durch ein Verfassungsgericht zum Vorbild für Europa wird. Robert Badinter, der große, ehemalige Justizminister, ist sehr offen für deutsche Rechtskultur.

An den Finanzmärkten wird das Luxemburger Verfahren bislang recht entspannt verfolgt. Man geht offenbar davon aus, dass die EZB im Fall der Fälle ein neues Programm aus dem Hut zaubern würde, indem sie etwa Staatsanleihen aller Euro-Staaten aufkauft. Wäre das aus Ihrer Sicht rechtlich einfacher?

Sicher sind das die Überlegungen von Präsident Mario Draghi, dem französischen EZB-Direktor Benoît Cœuré sowie ihrer Mitspieler in Portugal, Zypern,

Malta und Griechenland. OMT war doch nur das Anfangssäeseln eines großen Sturmes. Ein noch breiter angelegtes Ankaufprogramm für alle Euro-Staatsanleihen ist in Vorbereitung, das Gespann Draghi-Cœuré testet die Märkte und vermisst den Widerstand in Deutschland. Was auch immer die EZB macht, sie steht nicht außerhalb des Rechts.

Fühlen Sie sich wohler damit, wenn die EZB statt Staatsanleihen mehr oder weniger wacklige Kreditverbriefungen aufkauft?

Das ist ein skandalöser Vorgang: Noch bevor die EZB sich anschiekt, die Bankenaufsicht zu übernehmen, erklärt sie sich bereit, vor allem den Banken in Südeuropa die schlechten Risiken abzukaufen. Das ist plumpe Umverteilungspolitik zulasten der Steuerzahler. Doch das Publikum lässt sich nicht ewig täuschen und begreift die panische Hilflosigkeit von Draghi&Co. Deren Politik ist gescheitert. Noch nie lagen Realwirtschaft und Finanzmärkte so weit auseinander.

Sie gehen mit der EZB sehr hart ins Gericht. Dort würde man dagegenhalten, dass man der Zentralbank nicht sämtliche Wertpapierkäufe versagen könne, weil sie sonst in ihrer Geldpolitik dramatisch beschnitten wäre und kaum noch etwas gegen eine mögliche Deflation tun könnte. Niemand hat der EZB das Recht auf Geschäfte am Kapitalmarkt abgesprochen. Darum geht es doch gar nicht. Aber die These von der Deflation in der Euro-Zone ist übertrieben und dient lediglich als Vorwand, die EZB-Befugnisse zu nutzen, um den betroffenen Regierungen die Reformen und möglicherweise ihre Abwahl zu ersparen.

Seit Jahren kämpfen Sie gegen die Euro-Rettungspolitik, obwohl Sie von sich sagen, kein Euro-Gegner zu sein. Was also treibt Sie?

Das deutsche Konzept, die Zentralbankmacht durch institutionelle Unabhängigkeit einzuhegen, hat bei der EZB völlig versagt. Diese Unabhängigkeit wirkt sich im Rahmen einer supranationalen Zentralbank, bei der Herrschaft und Haftung auseinanderfallen, fatal aus. Hoffen wir, dass das Recht der EZB Grenzen zieht. Andernfalls bekommen wir den Super-Gau für die europäische Integration, und die Arbeit einer Generation wäre vergeblich gewesen. Mein Anliegen ist also die Stabilität in und von Europa.

Müssen sich EZB-Kritiker wie Sie nicht fragen lassen, was die Alternative zu Draghis Politik gewesen wäre, als im Sommer 2012 diverse große Euro-Länder mit dem Rücken zur Wand standen?

Gewiss hat bereits Draghis Zusage, alles zur Rettung des Euro zu tun, die Lebenszeit der Euro-Zone in der gegenwärtigen Zusammensetzung verlängert. Doch hat dies nichts geändert an den grundlegenden Problemen einer Währungsunion von wirtschaftlich heterogenen, nicht konvergenten und zudem wirtschafts- und finanzpolitisch souveränen Staaten. Dieses Konzept wird nicht auf Dauer funktionieren. Es geht nur um die Frage, wie und wann das Euro-Projekt abgewickelt wird. Die Frage des Ob ist bereits von ökonomischer Vernunft beantwortet.

Sie halten den Vertrag von Maastricht also für gescheitert. Woran liegt das denn aus Ihrer Sicht?

Die deutsche Vertragstreue gegenüber Frankreich war stets naiv. Die Hoffnung auf Einhaltung des Maastricht-Vertrages durch die Pariser Machthaber aller Couleurs veranschaulicht die bundesdeutsche Unkenntnis des dortigen politischen Systems. Dessen Eliten wollten keine stabilitätsorientierte Währungsunion, sondern lediglich die Abschaffung der D-Mark. Die Verzichtspolitik der Kohl-Regierung verkannte diese Absichten völlig. Dass man die faktische Revision des Maastricht-Vertrages nun nolens volens akzeptiert, veranschaulicht das mangelnde Selbstbewusstsein deutscher Politik. Unter Willy Brandt wäre so etwas nicht passiert. Das Scheitern des Maastricht-Vertrages liegt also in der Kraft- und Fantasielosigkeit der deutschen Politik begründet. Dafür werden die deutschen Parteipolitiker zur Rechenschaft gezogen werden. Denn eine stabilphobe Währungsunion wollten die Deutschen nie.

HEIZÖL-PREISE AKTUELL

Preise in Euro je 100 Liter bei Lieferung von 3000 Litern einschließlich 19 % Mehrwertsteuer

Stadt	Diese Woche	Vorwoche
Berlin	77,60-79,15	80,75-82,10
Hamburg	79,40-82,00	82,35-85,55
Hannover	81,15-83,30	84,45-86,75
Düsseldorf	76,05-83,80	80,75-83,60
Frankfurt/M.	79,90-82,60	83,00-85,85
Karlsruhe	77,65-82,80	80,50-83,70
Stuttgart	79,60-83,75	81,40-82,70
München	79,95-86,50	84,15-87,45
Rostock	76,30-81,15	79,95-84,05
Leipzig	77,10-80,35	80,55-84,15

Bei höherer Abnahmemenge sind Preisnachlässe möglich. Quelle: Energie Informationsdienst



ANZEIGE



BÜRGERSCHAFT UND SENAT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

trauern um

Dr. h. c. mult.
Siegfried Lenz

Ehrenbürger der Freien und Hansestadt Hamburg

geb. 17. März 1926 gest. 7. Oktober 2014

Über 50 Jahre lebte und arbeitete Siegfried Lenz als national und international hoch angesehener Autor in Hamburg. In seinen mit zahlreichen Auszeichnungen geehrten Schriften hat er die soziale und politische Gegenwart unseres Landes eindrucksvoll verarbeitet. Sein einzigartiges literarisches Werk prägte das Bild unserer Hansestadt und der Bundesrepublik Deutschland in der Welt.

Wir verneigen uns in Ehrfurcht vor dem Lebenswerk und der Persönlichkeit dieses großen Schriftstellers und werden seiner stets mit Hochachtung und Dankbarkeit gedenken. Die Leute von Hamburg verabschieden sich.

Die Präsidentin der Bürgerschaft
Carola Veit

Der Präsident des Senats
Olaf Scholz

In der Dunkelheit der Angst oder Verzweiflung leuchtet ein Licht auf:

JESUS

ER LEBT UND HAT HILFE UND LÖSUNG FÜR DICH BEREIT.

Mg

Wir trauern um unseren Seniorchef

Peter Ottensmann

* 31.3.1937 † 5.10.2014

Das Unternehmen, dem sein ganzes Wirken und Schaffen galt, war stets sein Lebensinhalt. Wir verlieren einen visionären Unternehmer mit einem großen Herzen für seine Mitarbeiter.

SPEDITION Ottensmann GmbH

Wir verneigen uns in Anerkennung und Dankbarkeit.

Geschäftsführung
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma
Spedition Ottensmann GmbH, Hagen

Die Summe unseres Lebens sind die Stunden in denen wir liebten.

Wilhelm Busch